

Stand: 19.05.2024 11:32:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/10651

"Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/10651 vom 19.05.2008
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/11113 des SO vom 10.07.2008
3. Beschluss des Plenums 15/11220 vom 16.07.2008
4. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 16.07.2008

Antrag

der Abgeordneten **Peter Welnhofer**, **Herbert Ettengruber**, Dr. Ingrid Fickler, Martin Fink, Petra Guttenberger, Joachim Haedke, Hans Herold, Alexander König, Thomas Kreuzer, Christian Meißner, Martin Neumeyer, Thomas Obermeier, Rudolf Peterke, Sebastian Freiherr von Rotenhan, Angelika Schorer, Jakob Schwimmer, Ernst Weidenbusch, Helga Weinberger, Dr. Bernd Weiß, Dr. Manfred Weiß, Peter Winter, Otto Zeitler **CSU**

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die geltende Verpflichtung zu wechselseitiger Kooperation zwischen Jugendämtern und anderen, ebenfalls zur Abwendung der Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen zuständigen Stellen (z.B. Polizei, Familiengericht, Gesundheitshilfe, Kindergärten, Schulen etc.), in der Praxis auch tatsächlich umgesetzt wird.

Daneben wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, welche Verbesserungen der Kooperation möglich sind und auch gesetzlich verankert werden sollten.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

Antrag der Abgeordneten Peter Welnhofer,
Herbert Ettengruber u.a. CSU
Drs. 15/10651

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Renate Dodell**
Mitberichterstatlerin: **Dr. Simone Strohmayer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen, der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit und der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 97. Sitzung am 12. Juni 2008 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 26. Juni 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 9. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat den Antrag in seiner 105. Sitzung am 10. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Joachim Wahnschaffe
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Peter Welnhof**, **Herbert Ettengruber**, Dr. Ingrid Fickler, Martin Fink, Petra Guttenberger, Joachim Haedke, Hans Herold, Alexander König, Thomas Kreuzer, Christian Meißner, Martin Neumeyer, Thomas Obermeier, Rudolf Peterke, Sebastian Freiherr von Rotenhan, Angelika Schorer, Jakob Schwimmer, Ernst Weidenbusch, Helga Weinberger, Dr. Bernd Weiß, Dr. Manfred Weiß, Peter Winter, Otto Zeitler **CSU**

Drs. 15/10651, 15/11113

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die geltende Verpflichtung zu wechselseitiger Kooperation zwischen Jugendämtern und anderen, ebenfalls zur Abwendung der Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen zuständigen Stellen (z.B. Polizei, Familiengericht, Gesundheitshilfe, Kindergärten, Schulen etc.), in der Praxis auch tatsächlich umgesetzt wird.

Daneben wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, welche Verbesserungen der Kooperation möglich sind und auch gesetzlich verankert werden sollten.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Plenarprotokoll Nr. 129 vom 16.07.2008

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)